IIIIII KANTON solothurn

Regierungsratsbeschluss

vom 21. September 2010

Nr. 2010/1702

Vernehmlassung zur Verordnung über die Anlage beschlagnahmter Vermögenswerte (Anlageverordnung) und zur Verordnung über die Anpassung des Verordnungsrechts im Hinblick auf das Inkrafttreten der Strafprozessordnung
Schreiben an das Bundesamt für Justiz, Bern

---

1. Erwägungen

Das Bau- und Justizdepartement unterbreitet dem Regierungsrat das Schreiben an das Bundesamt für Justiz betreffend die Anhörung der Kantone zur Verordnung über die Anlage beschlagnahmter Vermögenswerte (Anlageverordnung) und zur Verordnung über die Anpassung des Verordnungsrechts im Hinblick auf das Inkrafttreten der Strafprozessordnung zur Beratung und Beschlussfassung.

2. Beschluss

Das Schreiben an das Bundesamt für Justiz betreffend die Anhörung der Kantone zur Verordnung über die Anlage beschlagnahmter Vermögenswerte (Anlageverordnung) und zur Verordnung über die Anpassung des Verordnungsrechts im Hinblick auf das Inkrafttreten der Strafprozessordnung wird beschlossen.

Andreas Eng
Staatsschreiber

Beilage

Schreiben an das Bundesamt für Justiz vom 21. September 2010

Verteiler

Bau- und Justizdepartement
Bau- und Justizdepartement, Rechtsdienst Justiz (FF) (3)
Obergericht
Staatsanwaltschaft
Jugendanwaltschaft
Gerichtskonferenz

Polizei Kanton Solothurn
Ratsleitung （8）
Medien （jae）